

größere strategische Handlungsspielräume für die Steuerungsobjekte bestehen, wenn deren Gestaltungsoptionen und Interaktionsmöglichkeiten durch den institutionellen Kontext nur schwach vorstrukturiert werden.

II.3.3 Polity II: Steuerungsobjekte und Intermediäre – Akteure und Akteurskonstellationen

Aufseiten der Intermediäre lässt sich neben den Parteien³⁴ ein breites Spektrum an zivilgesellschaftlichen Organisationen mit digitalpolitischen Schwerpunkten vorfinden (siehe Tabelle 3). Dazu gehören etwa parteinahe Organisationen wie beispielsweise der SPD-nahe Verein D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt oder der cnetz – Verein für Netzpolitik im Umfeld der CDU. Daneben fand die Organisierung in drei Wellen statt (vgl. Dobusch 2014: 5f.): Das Organisationsspektrum beginnt bei strukturierten Verbänden und Vereinen der ersten Generation (1980/90er-Jahre) mit Querschnittscharakter, etwa dem Chaos Computer Club (CCC) oder dem Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs (FoeBuD); heute Digitalcourage. In der zweiten Generation (2000er-Jahre) entstanden zum einen Organisationen mit spezifischen Schwerpunkten (wie die Wikimedia³⁵ zur Förderung offenen Wissens). Zum anderen kamen fluide organisierte Arbeitskreise hinzu, die sich gegen konkrete Gesetzesvorhaben richten. Hierzu gehören etwa der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (AK Vorrat), der Arbeitskreis gegen Internet-Sperren und Zensur (AK Zensur) und der AK Zensus. In der dritten Generation (seit den 2010er-Jahren) gründeten sich dann einerseits losere Protestbewegungen und Initiativen.³⁶ Diese bildeten sich etwa angesichts des von Edward Snowden enthüllten Überwachungs- und Spionageskandals, des Zugangserschwerungsgesetzes, des Handelsabkommens gegen Produktpiraterie ACTA (Anti-Counterfeiting Trade Agreement) oder angesichts der staatlichen Gesetzesinitiativen im Bereich Sicherheit (wie etwa durch die Polizeigesetze der Länder oder die Ausweitung der Überwachungsaktivitäten in Bezug auf den Einsatz von Staatstrojanern). Beispielhaft sei hier die 2017 in Berlin gegründete Initiative Digitale Freiheit genannt, die sich für Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung sowie gegen Überwachung einsetzt. Sie versuchen, insbesondere mit kreativen Aktionen, öffentliche Aufmerksamkeit für Themen wie den

-
- 34 Zwar konnten die Piraten als netzpolitische Single-Issue-Partei aufgrund von Personalquerelen, internen Streitigkeiten und Flügelkämpfen keine langfristigen Erfolge im Sinne einer dauerhaften Etablierung im Parteiensystem erringen. Ihr kurzzeitiger Höhenflug trug jedoch maßgeblich dazu bei, dass Verfechter digitalpolitischer Themen auch in den etablierten Parteien an Relevanz gewinnen konnten (vgl. Hensel/Klecha 2013: 66ff.; Niedermayer 2013: 240ff.). Davon zeugt etwa, dass die Parteien netzpolitische Sprecher:innen aufgestellt und parteiinterne Arbeitsgruppen (etwa CSUnet, GRÜNDigital) etabliert haben (vgl. Greef 2017: 43).
- 35 Die Wikimedia Deutschland entstand, wie später auch die Open Knowledge Foundation Deutschland (OKF DE), als nationaler Ableger der jeweiligen international tätigen zivilgesellschaftlichen Bewegung.
- 36 Diese propagieren mitunter auch alternative Organisationsformen wie etwa die Bürgerrechtsinitiative freiheitsfoo, die sich als »offene und transparente Plattform« und »offene Gruppe von Menschen« versteht und sich über Mailingliste, Blog und Wiki organisiert (freiheitsfoo o.J.).

Test der Gesichts- und Verhaltenserkennung am Berliner Südkreuz oder die EU-Upload-filter-Debatte zu generieren (vgl. Digitale Freiheit o.J.).

Tabelle 3: *Zivilgesellschaftliche und parteinahe Akteure der Digitalpolitik*

Zivilgesellschaftliche Organisation	Gründung	Themenschwerpunkt
Chaos Computer Club (CCC)	1981	Querschnitt
Digitalcourage (ehem. FoeBuD)	1987	Querschnitt
Netzpolitik.org	2004	Querschnitt
Wikimedia Deutschland	2004	Offenes Wissen
AK Vorrat	2005	Vorratsdatenspeicherung
AK Zensur	2009	Netzsperrern
Digitale Gesellschaft (digiges)	2010	Querschnitt
AK Zensus	2011	Volkszählung, Datensparsamkeit
Open Knowledge Foundation Deutschland (OKF DE)	2011	Offenes Wissen
freiheitsfoo	2013	Privatsphäre, Informationelle Selbstbestimmung
Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF)	2015	Informationelle Selbstbestimmung, Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit
AlgorithmWatch	2016	Ethik und Gestaltung algorithmischer Entscheidungsfindung
Digitale Freiheit	2017	Privatsphäre, Informationelle Selbstbestimmung
Parteiahe Organisationen	Gründung	Themenschwerpunkt
C-Netz (CDU-nahe)	2012	Querschnitt
D64 (SPD-nahe)	2012	Querschnitt
LOAD (FDP-nahe)	2014	Querschnitt
netzbegruenung (Grünen-nahe)	2014	Querschnitt

Quelle: Dobusch (2014); eigene Zusammenstellung und Darstellung.

Andererseits entstanden aber auch neue strukturierte und professionalisierte Vereine, die unterschiedlich stark fokussiert im Bereich Digitalpolitik aktiv sind. Zu den Akteuren, die dezidiert eine große Bandbreite digitalpolitischer Themen bearbeiten, gehört etwa die Digitale Gesellschaft (digiges), aber auch hybride Typen wie die zwischen Journalismus und advokatorischer Interessenvertretung einzuordnende Plattform netzpolitik.org. Mit der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) ist dagegen 2015 eine insbesondere auf die Durchsetzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung fokussierte Organisation entstanden, die primär auf das Instrument der Verfassungsbeschwerde setzt.

Ebenfalls mit spezifischem Fokus entstand 2016 AlgorithmWatch, um sich mit den (gesellschaftlichen) Auswirkungen algorithmischer Entscheidungsfindung auseinanderzusetzen und auf deren transparente Nutzung unter ethischen Gesichtspunkten hinzuwirken (vgl. AlgorithmWatch 2022). 2021 schlossen sich Wikimedia Deutschland, OKF DE, GFF, AlgorithmWatch und Reporter ohne Grenzen zum Bündnis F5 zusammen, um gemeinsam eine neue, gemeinwohlorientierte Digitalisierung voranzutreiben (vgl. F5 o.J.).

Neben netzaktivistischen, bürgerrechtlichen oder Verbraucherschutzorientierten Akteuren stehen die wirtschaftsbezogenen Interessen. Im Feld der Digitalpolitik sind dies im Bereich der organisierten Interessen – und damit mögliche Akteure der Ko-Regulierung – vor allem die IT-Branchenverbände, der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM), eco – Verband der Internetwirtschaft oder der Bundesverband Deutsche Startups, der Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW), der Bundesverband IT-Mittelstand (BITMi), die *Internet Economy Foundation (IEF)*, die Initiative D21 sowie Organisationen aus der Medienbranche. Als direkte Adressaten politischer Steuerung spielen aber vor allem die technologiefokussierten Unternehmen und Konzerne die Hauptrolle. Sie treten dabei sowohl als Steuerungsobjekte, als Akteure der Selbstregulierung als auch als Advokaten ihrer Eigeninteressen auf.

Zu den handelnden Akteuren im Feld der Digitalpolitik zählen aber nicht nur ohnehin primär technologiebezogene Akteure. In der 2019 gegründeten Initiative *Digital für alle* haben sich 21 zivilgesellschaftliche Organisationen und wirtschaftliche Verbände zusammengeschlossen. Zu diesen gehören auch die Wohlfahrtsverbände und die kommunalen Spitzenverbände ebenso wie der Deutsche Kulturrat, der Deutsche LandFrauenverband oder der Hartmannbund. Ihnen geht es darum, Dialogforen für Bürger:innen zu schaffen. Über Teilhabe und Mitgestaltung sollen die unterschiedlichen Facetten von Digitalisierung nicht nur verständlicher gemacht, sondern jede:r »in die Lage versetzt werden, sich souverän und sicher, selbstbewusst und selbstbestimmt in der digitalen Welt zu bewegen« (vgl. Digital für alle Initiative 2019). Dazu soll auch ein jährlicher Aktionstag (Digitaltag 2020) beitragen.

Für das Feld der Digitalpolitik lassen sich vielzählige relevante Akteure identifizieren, die als mehr oder weniger etabliert gelten können. Das Herausstellen *spezifischer Akteurskonstellationen* gestaltet sich jedoch schwierig. Zwar scheint sich bereits ein stabiler Kern an zentralen Akteuren in diesem Problemfeld herausgebildet zu haben. Allerdings sind die Interaktionsstrukturen aufgrund neu entstehender Akteure, der geschilderten institutionellen Findungsprozesse auf staatlicher Ebene oder sich deutlich wandelnder Akteursrollen³⁷ noch im Fluss.

37 Dies zeigt sich etwa am CCC, der sich seit seiner Gründung von einem, zum Teil in die kriminelle Ecke gestellten, Hacker-Kollektiv zu einer anerkannten Interessengruppe entwickelt hat. Seine Expertise ist bei Anhörungen in Bundestagsausschüssen gefragt, und Sachverständige des CCC werden in Verfahren des Bundesverfassungsgerichts gehört (vgl. Die Welt 2013; Neuber 2014).